

05.05.2020

SCHULE, CORONA UND GEFLÜCHTETE KINDER: WIR BRAUCHEN EINEN RETTUNGSSCHIRM BILDUNG!

***Bettina Jarasch**, Sprecherin für Integration, Flucht und Religionspolitik
Stefanie Remlinger, Sprecherin für Berufliche Bildung, Bildungsfinanzierung und Haushalt
zur Beschulungssituation von geflüchteten Kindern in Zeiten von Corona:*

Kinder und Jugendliche drohen zu den große Verlierer*innen der Corona-Pandemie zu werden. Wir haben die Schulschließungen mit getragen, aber die Gefahr, Kinder dauerhaft für Bildung zu verlieren wächst. Das gilt in verschärfter Form für geflüchtete Kinder und Jugendliche, die durch ihre Lebenssituation noch schwerer den Unterricht vor Ort durch digitales Lernen ersetzen können. Für sie und alle anderen Kinder und Jugendlichen, die mit e-learning allein nicht zurechtkommen, braucht es dringend einen Rettungsschirm Bildung. Zentral für einen solchen Rettungsschirm sind für uns folgende Forderungen:

1) Die bisherige Fokussierung der Debatte auf die Abschlussklassen halten wir für falsch. So sind etwa die Bedürfnisse der Jüngsten und der technisch und/oder sozial Abgehängten genauso wichtig. Die einzelnen Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen neue Formen von Beschulung, die es auch in Corona-Zeiten ermöglichen, allen Gruppen gerecht zu werden.

Forderung: Alle Kinder müssen noch vor den Sommerferien zurück an die Schulen, wenn auch in reduzierter Form. Das gilt auch für die SuS in Willkommensklassen.

2) Wir werden noch auf Monate hinaus nicht zur alten Normalität zurückkehren können. Zugleich sollten wir aus den bisherigen Erfahrungen lernen und Schule krisenfest machen. Daher müssen wir eine neue Normalität von Schule entwickeln. Dazu gehört eine Mischung aus Präsenzunterricht am Ort Schule, in kleinen Gruppen, ggf. im Schichtsystem und mit digitalen Lernformen sowie ergänzenden Angeboten. Diese Kombination muss sicherstellen, dass Kontakt zu allen SuS und ihren Eltern gehalten wird und niemand verloren geht.

Forderung: Es braucht verbindliche Leitlinien des Senats für blended learning, um sicherzustellen, dass an allen Schulen ein qualitativ vergleichbares Lernangebot gemacht wird. Dabei muss das pädagogische Personal im homeoffice ebenso integriert werden wie externe Träger und Anbieter.

3) SuS in Flüchtlingsunterkünften, aber erst recht in ASOG-Unterbringungen der Bezirke verfügen häufig nicht über die digitale Infrastruktur, um mit digitalen Angeboten lernen zu können. Gleichzeitig sind sie dadurch auch für externe Unterstützer*innen derzeit kaum erreichbar. Es fehlt sowohl an WLAN-Zugängen bzw. LTE-Sticks als auch an Endgeräten wie Tablets/ Laptops und Druckern. Dasselbe Problem haben viele Kinder im Leistungsbezug. Die 9500 Tablets, die SenBJF jetzt verteilt hat, genügen bei weitem nicht.

Forderung: Alle SuS haben Anspruch auf Zugang zu digitalem Lernen. Dafür braucht es landesweit verbindliche, einheitliche Standards, die auch die technische und pädagogische Betreuung mit umfassen. Die Finanzierung muss über den Landeshaushalt abgesichert werden.

4) Kinder in Gemeinschaftsunterkünften bzw. in sehr beengten Wohnverhältnissen brauchen dringend externe Räume, in denen sie in kleinen Gruppen in Ruhe lernen können. Dafür sollen kommunale Räume wie Jugend-, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren genutzt werden. Aber auch Bibliotheken oder derzeit nicht genutzte Räume in Rathäusern oder Behörden kommen in Frage. Außerdem brauchen diese Kinder Menschen, die sie verbindlich beim Lernen begleiten, als Bezugsperson zur Verfügung stehen und ggf. eine Schnittstelle zu den Lehrkräften herstellen. Solche Menschen haben sich längst in Nachbarschafts-Netzwerken zusammen getan. Ihr Angebot wird aber bislang sowohl von den Betreibern der Unterkünfte als auch von Schulen kaum genutzt.

Forderung: Der Senat initiiert in Kooperation mit den Flüchtlingskoordinator*innen und Integrationsbeauftragten die Gründung von bezirklichen Task Forces. Sie haben die Aufgabe, Räume und ehrenamtliche Netzwerke für eine Unterstützungsstruktur von SuS in Unterkünften oder im Leistungsbezug zu akquirieren.

5) Die neue Normalität als Mischform aus schulischer Präsenz, Home Schooling und Nutzung dritter Orte bringt einen erhöhten Koordinationsaufwand mit sich. Dies gilt nicht für die räumliche Ebene, sondern auch für die Notwendigkeit, die Arbeit der schulischen Teams mit den Familien, den Trägern sowie Ehrenamtlichen zu koordinieren. Diese Koordination ist aufwändig und berührt verschiedenste Zuständigkeitsbereiche.

Forderung: SenIAS, SenBJF und die Bezirke schaffen eine gemeinsame Koordinierungsstelle, um den Rettungsschirm Bildung aufzusetzen und zu steuern.

Bei Rückfragen:

Bettina Jarasch, bettina.jarasch@gruene-fraktion-berlin.de

Stefanie Remlinger, stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de